

MEIN STANDPUNKT

Moderieren statt führen

FBP-Geschäftsführer Marcus Vogt über Führung und die Agenda 2020

Regierungschef Klaus Tschütscher hat in einem persönlichen Schreiben an die Vaterländische Union, an die Fortschrittliche Bürgerpartei und an die Freie Liste daran erinnert, dass bis Ende März des kommenden Jahres das Jahresprogramm für 2011 zur Agenda 2020 vorliegen soll. Überdies wiederholt der Regierungschef, nur eine von allen mitgetragene Agenda 2020 könne in unserem Land ihre volle Wirkung entfalten. Deshalb lege die Regierung grossen Wert auf den engen Einbezug aller Kräfte, die ihm konkrete Vorschläge zu den einzelnen Handlungsfeldern der Agenda übermitteln sollten. Man sei mit einer «neuen Wirklichkeit» in unserem Land konfrontiert, erläutert der Regierungschef weiter, was die Mitarbeit aller erforderlich mache.

Inhaltlich unterscheidet sich das Schreiben an die drei Parteien kaum vom Brief an die «geschätzten Einwohnerinnen und Einwohner», der vor Kurzem die gesamte Bevölkerung zum Mittragen der Agenda 2020 aufforderte. Aus dem Schreiben des Regierungschefs an die drei Parteien, auch an die eigene Partei, wird allerdings nicht klar ersichtlich, was damit bezweckt wird. Ist es eine Information, dass die Regierung schon im Sommer 2009 damit begonnen habe, sich Gedanken zur strategischen Ausrichtung der Regierungsarbeit zu machen? Ist es eine Aufforderung an die Parteien, die Parteibasis zur Zusammenarbeit mit der Regierung zu ermuntern?

Genau ersichtlich ist die Absicht nicht. Aber es könnte die Absicht dahinterstecken, mit regelässigen Wiederholungen den Eindruck zu erwecken, die Regierung sei mit Feuereifer an der Arbeit. Es gibt aber noch ein paar andere Problemkreise, die Fragen aufwerfen oder zum Widerspruch herausfordern.

Regierungsprogramm und Agenda 2020: Wenn der Regierungschef Ende März 2011 das Jahresprogramm 2011 vorlegen wird, ist bereits ein Vierteljahr um, bis die Bevölke-

rung weiss, was die Regierung überhaupt vorhat. Die Agenda 2020, die nur eine Reihe von Absichtserklärungen für die Zukunft enthält, legte der Regierungschef erst eineinhalb Jahre nach seinem Amtsantritt vor. Dabei hatte der Wahlkämpfer Klaus Tschütscher im VU-Wahlprogramm noch frisch verkündet: «Verabschiedung eines Regierungsprogramms mit den wesentlichen Zielen der Koalitionsregierung.»

Die Ziele der Koalitionsregierung waren vorhanden, lagen schon unterschrieben auf dem Tisch, bevor der Regierungschef vereidigt wurde. Übrigens massgeblich von der FBP-Verhandlungsdelegation ausgearbeitet. Aus diesen Leitlinien der Koalition hätte der Regierungschef in wenigen Wochen ein auf die gesamte Legislaturperiode ausgerichtetes Regierungsprogramm vorlegen können. Dieses Programm fehlt bis heute, ein leeres Versprechen im VU-Wahlprogramm.

Wer die Agenda 2020 in die Hand nimmt, kann unschwer feststellen, dass eine weitgehende Übereinstimmung mit dem Koalitionsprogramm besteht. Man fragt sich, warum braucht der Regierungschef fast die halbe Legislaturperiode, bis die Agenda 2020 – und zudem noch ohne Regierungsprogramm – vorgelegt wird?

Aufruf zur Mitarbeit ohne Mitarbeit: Die Agenda 2020 enthält erst Handlungsfelder und die Aufforderung an die Bevölkerung, die Gemeinden, die Präsidentenrunde der Verbände, die Hochschule und wohl auch an die Adresse der Parteien, konkrete Projektvorschläge zu den einzelnen Handlungsfeldern zu unterbreiten. Der Regierungschef hat weder ein Legislaturprogramm noch ein auf die einzelnen Jahre verteiltes Regierungsprogramm in der Hand, aber er verpflichtet moralisch praktisch das ganze Land, ihm die Arbeit abzunehmen.

Was soll dieser Aufruf zur Mitarbeit und zum Mittragen,

nachdem die Agenda 2020 bereits vorliegt? Konstruktive Mitarbeit, wie wir sie verstehen, wäre Mitarbeit von Anfang an, um auch die Ziele und die Handlungsfelder diskutieren und festlegen zu können. Ein eigenartiges Vorgehen, ein Papier vorzulegen und alle zum Mittragen aufzufordern, ohne dass die per Brief zur Mitarbeit aufgeforderten Kreise bei der Ausarbeitung der wichtigsten Zukunftsziele mitbestimmen konnten.

Es wird moderiert, statt geführt: In den meisten Ländern legen die Regierungen ihr Regierungsprogramm sofort nach der Vereidigung vor. Auch wenn diese Regelung bei uns nicht so streng gehandhabt wurde in der Vergangenheit, ist es erstaunlich, dass fast die Hälfte der Legislaturperiode verstreichen konnte, bevor überhaupt ein Papier der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Wen ich so frage, alle vermissen, dass der Regierungschef deutlich klarlegt, was er überhaupt will! Er moderiert, aber er führt nicht. Vorgelegt werden in der Agenda 2020 Handlungsfelder, die schon in den Wahlprogrammen der letzten zwei, drei Jahrzehnten immer wieder aufschienen. Die Bevölkerung und weitere Kreise von den Wirtschaftsverbänden bis zur Hochschule werden aufgefordert, konkrete Projektvorschläge zur Umsetzung der Agenda 2020 einzureichen. Aus diesen Vorschlägen, sofern ihn überhaupt solche erreichen, wird der Regie-

rungschef dann eine Auswahl treffen – Moderation statt Wahrnehmung seiner Führungsverantwortung an der Spitze der Regierung.

Marcus Vogt, FBP-Geschäftsführer



FBP-Geschäftsführer Marcus Vogt.

FOTO ZAMBRELLINI

Carcoustics mit Technologiestandort Mauren

FBP interessiert sich für Anliegen und Entwicklung von liechtensteinischen Unternehmen

MAUREN – Regierungschef-Stellvertreter Martin Meyer stattete zusammen mit Vertretern des FBP-Präsidiums und der Landtagsfraktion einen Besuch beim renommierten Wirtschaftsunternehmen Carcoustics (Liechtenstein) AG im Industriegebiet in Mauren ab.

Der Geschäftsführende Verwaltungsrat Christoph Müller gab einen hervorragenden Einblick in das Unternehmensnetzwerk sowie die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Total 1300 Mitarbeiter

Die Carcoustics (Liechtenstein) AG ist Hauptstandort des Geschäftsbereiches Aluforming der international agierenden Unternehmensgruppe Carcoustics. In Mauren ist nicht nur der Produktionsstandort, sondern auch die zentrale Technologieentwicklung sowie ein eigener Werkzeugbau für Projekte weltweit. Carcoustics ist ein international aufgestellter mittelstän-

discher Spezialist für akustische und thermische Aufgabenstellungen. Hervorgegangen ist die Unternehmensgruppe, wie der dipl. Wirtschaftsingenieur und Geschäftsführer Christoph Müller ausführte, aus der Verschmelzung der Illbruck Automotive mit Sitz in Leverkusen/Deutschland (akustische Lösungen) und der AAW-Gruppe mit

Sitz in Mauren (thermische Lösungen). Dazu unterhält die Carcoustics heute zehn Standorte weltweit, die drei Geschäftsbereichen sowie einem Entwicklungszentrum zugeordnet sind. Insgesamt sind 1300 Mitarbeiter beschäftigt. Die Geschäftsfelder werden zukünftig auch ausserhalb der Automobilbranche in andere Bereiche aus-

gedehnt und zudem tastet sich Carcoustics im asiatischen Raum vor. Es wurden anlässlich der FBP-Unternehmensbesichtigung auch Problemkreise diskutiert, die u. a. die Rekrutierung von gut ausgebildeten Fachkräften betreffen. Namens der Fortschrittlichen Bürgerpartei bedankten sich Wirtschaftsminister Martin Meyer sowie

Präsident Alexander Batliner bei Christoph Müller sowie seinem Geschäftsleitungsteam für die beeindruckende Unternehmenspräsentation. Der Gedankenaustausch mit den Anregungen und Inputs seitens dieses renommierten Unternehmens sind für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Liechtenstein sehr wertvoll. (pd)



Eine Delegation der FBP hat gestern die Carcoustics (Liechtenstein) AG im Maurer Industriegebiet besucht.